

Wirtschaft



Künstliche Intelligenz:
Elon Musk kritisiert die Erfinder
des Chatbots ChatGPT »Seite 9

7

MITTWOCH, 19. APRIL 2023 | WWW.NACHRICHTEN.AT/WIRTSCHAFT

ÖÖNachrichten

220 Euro im Jahr für Auto und Wohnen: Was die CO₂-Zertifikate kosten könnten

Industrie, Hausbesitzer, Mobilitätsclub: Ja zu Klimaschutz, Warnungen vor EU-Alleingang

VON ALEXANDER ZENS

LINZ/BRÜSSEL. Das EU-Parlament hat am Dienstag den neuen Klimaschutzgesetz mit großer Mehrheit zugestimmt. Die österreichischen Abgeordneten zeigten sich weitgehend zufrieden – mit Ausnahme der Freiheitlichen.

Wie berichtet, wird der Emissionshandel für Industrie und Energiewirtschaft verschärft. Die Zahl der Verschmutzungsrechte wird schneller verringert. Die Gratiszertifikate laufen schrittweise bis 2034 aus. Luftfahrt und Schiffsverkehr werden künftig einbezogen. Gleichzeitig wird eine CO₂-Grenzabgabe für Importprodukte eingeführt, die mit niedrigeren Klimaschutzstandards und daher billiger hergestellt werden. Die Schutzzölle sollen ab 2034 vollständig gelten. Ab 2027 soll es das System des Emissionshandels auch für Gebäude und Verkehr geben. Was bedeutet das?



Nicht nur die Industrie, auch Verbraucher direkt sollen ab 2027 bezahlen. (vowe)

■ Gebäude: Der Haus- und Grundbesitzerbund Linz (ÖHGB) erwartet weitere Verteuerungen. Im Schnitt verursache ein Bürger knapp drei Tonnen CO₂ im Jahr mit Raumwärme, Warmwasser, Strom. Geplant ist auf EU-Ebene, dass die Zertifikate anfangs 45 Euro pro Tonne kosten. Das ergäbe rund 130 Euro. Man bekenne sich zum Klimaschutz, aber bei der Umstellung der Systeme gebe es offene Fragen, sagt ÖHGB-Linz-Obmann Simon Spendlingwimmer: „Etwa wie das bei gasbeheizten mehrschichtigen Altbauten technisch funktionieren kann und wie es für Vermieter attraktiv ist, zu investieren, wenn sie Kosten wegen des Mietrechtsgesetzes nicht weiterverrechnen dürfen.“ Es gebe auch rechtliche Schwierigkeiten, etwa nötige Zustimmungen beim Wohnungseigentum, so ÖHGB-Österreich-Chef Martin Prunbauer. Die Förderungen für Heizungsumstellung bei Einfamilienhäusern sind laut Spendlingwimmer gut. Er animiere Hausbesitzer dazu, aber die Umsetzung sei nicht einfach.

■ Verkehr: Laut Zahlen der Statistik Austria und ÖAMTC-Berechnungen verursacht derzeit ein Dieselauto-Fahrer im Schnitt zwei Tonnen CO₂ pro Jahr. Das wären 90 Euro für die Zertifikate (zusammen mit Wohnen 220). ÖAMTC-Verkehrsexperte Martin Grasslob: „Wir müssen mit den Emissionen runterkommen. Es gibt in Österreich aber schon mehrere CO₂-abhängige Abgaben wie NoVA und Versicherungssteuer.“ Auch die Mineralölsteuer wirke so. Kommen die Zertifikate, solle der Staat bei anderen Abgaben entlasten. Und der Umstieg auf E-Mobilität, Biokraftstoffe, E-Fuels müsse gut gefördert und umgesetzt werden.

NACHGEFRAGT



„Ich bin neugierig, wie kontrolliert wird, wie ein Werk in China produziert.“

■ Erich Frommwald,
Sparte Industrie
Wirtschaftskammer



„Bei der Umstellung gibt es offene Fragen, etwa zu gasbeheizten Altbauten.“

■ Simon Spendlingwimmer,
Haus- und
Grundbesitzerbund



„Es gibt in Österreich schon mehrere CO₂-abhängige Abgaben im Autobereich.“

■ Martin Grasslob,
ÖAMTC, Leiter
Verkehrswirtschaft

■ Industrie: Man stehe zur Transformation, es passiere viel, sagt Erich Frommwald, Obmann der Sparte Industrie in der Wirtschaftskammer Oberösterreich: „Klar ist aber auch, es wird in den nächsten Jahren noch teurer.“ Einerseits wegen der Verschärfung bei den Zertifikaten, andererseits kosteten die Investitionen in erneuerbare Energien viel. Ob neue Systeme wie Wasserstoff einmal ausreichend vorhanden und billiger sein werden, sei ungewiss, so Frommwald. „Billiger wird es nicht werden“, sagt Joachim Haindl-Grutsch. Geschäftsführer der Industriellenvereinigung OÖ: „Wenn China, die USA und Indien nicht nachziehen, werden wir das Klima nicht retten, und der Wirtschaftsstandort Europa verliert.“ Fromm-

wald fordert, dass Gratiszertifikate erst auslaufen, wenn gesichert sei, dass Importzölle nicht umgangen werden. „Ich bin neugierig, wie kontrolliert wird, ob ein chinesi-

sches Zementwerk mit unseren Standards produziert.“ Haindl-Grutsch: Es brauche Schutz nicht nur bei den Importen, sondern auch für die Exporte.

Papierindustrie: „Wir sind keine Trittbrettfahrer“

Heimische Unternehmen der Branche setzten im Vorjahr bei gesunkener Produktion deutlich mehr um

WIEN. Die Papierindustrie wehrt sich gegen den Vorwurf, Preise deutlich stärker erhöht zu haben, als das Verteuerungen auf der Rohstoffseite und bei der Energie verlangt hätten. „Wir sind keine Trittbrettfahrer“, sagte gestern Martin Zahlbruckner, Präsident von Austropapier und Vorstandsvorsitzender der Trauner delfort-Gruppe, bei der Vorlage der Jahreszahlen der Branche. Es entspreche „nicht der Kultur der Papierindustrie“, Kosten vollumfänglich auf Kunden umzuwälzen.

Das abgelaufene Jahr sei schwierig gewesen, obwohl sich die Industrie in Summe gesehen als robust erweise, sagte Zahlbruckner. Der Umsatz der 23 Mitgliedsbetriebe von Austropapier stieg um 34 Prozent auf 5,5 Milliarden Euro.

Haupttreiber seien die hohen Energiepreise, aber auch gestiegene Rohstoff- und Logistikkosten gewesen, sagte Austropapier-Geschäftsführerin Sigrid Eckhardt.

Weniger Absatz, mehr Mitarbeiter

Anders verlief die Entwicklung bei der Produktion. Die Gesamtmenge sank um 8,5 Prozent auf 4,6 Millionen Tonnen Papier. Während die Mengen bei Verpackungspapier stabil blieben, gab es bei grafischem Papier und Spezialpapier deutliche Rückgänge, um 16,8 und 10,9 Prozent. Von der Gesamtmenge entfielen 2,5 Millionen Tonnen auf Verpackungspapier, 1,9 Millionen auf grafisches Papier und der Rest auf Spezialpapier. Die Zellstoffproduktion blieb mit zwei Millionen Tonnen relativ stabil.



Austropapier-Präsident und delfort-Chef Martin Zahlbruckner (Robert Josipovic)

Die Zahl der Beschäftigten in der Papierindustrie stieg im Vorjahr leicht, um 1,1 Prozent auf 7700. Die Frauenquote beträgt 10,9 Prozent, es gibt 355 Lehrlinge. Direkt und indirekt sichere die Branche 23.700 Arbeitsplätze in Österreich, sagte Zahlbruckner. Die Exportquote beträgt rund 90 Prozent.

Die Papiererzeugung gilt als eine der energieintensivsten Branchen. Der Anteil erneuerbarer Energien in der Produktion sei im Vorjahr von 58 auf 64 Prozent gestiegen, sagte Ernst Spitzbart, Energiesprecher bei Austropapier, Geschäftsführer bei UPM-Kymmene in Steyermühl und Energiesprecher der Industrie in der Wirtschaftskammer Oberösterreich. Kohle und Gas habe die Papierindustrie schon weitgehend ersetzt.

Trotzdem gebe es in Österreich Nachteile gegenüber anderen Ländern. Spitzbart nannte die Strompreiszonenrennung zwischen Deutschland und Österreich, höhere Energiezuschüsse im Nachbarland und das Erneuerbaren-Gas-Gesetz, durch das Strom und Gas in Österreich teurer würden. (rom)

KOMMENTAR

VON
DIETMAR MASCHER



Der Antrieb

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler hat dieser Tage Steyr besucht und sich über den neuen Elektro-Lkw Volta gefreut, der in Steyr hergestellt wird. Bundeskanzler Karl Nehammer war gestern in Steyr und plädierte bei (und im Sinne von) BMW dafür, nicht nur dem E-Motor eine Chance zu geben, sondern techno-

Der Emissionshandel als Impuls für die Motoren?

logieoffen zu bleiben und auch E-Fuels und Wasserstoff zu ermöglichen. Es solle keine Verbote geben.

Tatsächlich spricht einiges dafür, es so wie die EU beim CO₂ zu handhaben und statt Verboten lieber Ziele vorzugeben und dabei die Marktwirtschaft zu nutzen. Sind E-Autos effizienter und gleichzeitig klimaschonend, werden sie sich durchsetzen. Ob das so sein wird, hängt auch davon ab, wie sich die Lage weltweit und die Infrastruktur entwickeln.

Am Beispiel BMW Steyr kann man erahnen, was die Politiker auf allen Ebenen sonst noch antreibt. Zwar wird dort in großem Ausmaß auf E-Motoren umgestellt. Aber das würde nicht ausreichen, die Jobs in Steyr zu erhalten, wenn der Verbrenner verboten wird. Man sollte sich also die Optionen nicht mutwillig verbauen.

✉ d.mascher@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Lohnrunden: Heiße Phase

WIEN. Entscheidende Phase bei den Frühjahrslohnrunden: Heute ist die dritte Verhandlungsrunde in der Elektro- und Elektronikindustrie, morgen folgt Runde zwei in der Papierindustrie. Die chemische Industrie verhandelt am Montag. In Summe geht es um rund 100.000 Industriebeschäftigte.

Urteil gegen Manner

WIEN. Süßwarenhersteller Manner ist vom Oberlandesgericht (OLG) Wien in zweiter Instanz rechtskräftig verurteilt worden. Die Verpackung des Schüttelbeutels von „Manner Mozart Mignon“ sei irreführend, weil nur rund zur Hälfte mit Mozartschnitten befüllt, so das OLG. Geklagt hatte der Verein für Konsumenteninformation im Auftrag des Sozialministeriums.

Landes-Disput um Verkehr

LINZ. Ein großes Investitionspaket für die Schiene, laufender Ausbau von S-Bahnen und Bahnhöfen: Oberösterreich tue viel, so reagiert Verkehrslandesrat Günther Steinkellner (FP) auf Kritik von Umweltschutzminister Stefan Kaineder (Grüne), der Schwarz-Blau mangelndes Engagement vorwarf.